

Weltwirtschaft

Weltfinanzsystem

Aufsicht über Finanzmärkte

Die sieben führenden Industrienationen (G7) haben eine zentrale Überwachungsstelle für die Finanzmärkte (Forum für Finanzmarktstabilität) gegründet und damit der Diskussion über die Notwendigkeit eines solchen Gremiums ein vorläufiges Ende gesetzt. Neben den Stellvertretern der Finanzminister und der Notenbankchefs der G7 sind die Weltfinanzinstitute einbezogen: Weltbank (IBRD), Internationaler Währungsfonds (IWF), Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ). Der Chef der BIZ, Andrew Crockett, ist als Chef des Forums vorgesehen.

Selbst wenn es gelingt, die angestrebte Transparenz nach innen und Publizität nach außen zu schaffen, sind die Probleme noch lange nicht gelöst. Die Frage, in welcher Weise und in welchem Umfang private Kreditinstitute und Investoren an den Risiken beteiligt werden, bleibt offen. Den Krisenherden der Weltfinanzwirtschaft, vor allem Rußland und Brasilien, fehlt es weiterhin an schlüssigen Konzepten zur Überwindung der Krisen (die Vereinbarung des IWF mit Brasilien vom Dezember 1998 mußte bereits im März 1999 völlig neu gefaßt werden). Die ärmsten Länder der Erde sitzen immer noch in der Schuldenfalle, aus

der sie, angesichts des Verfalls vieler Rohstoffpreise, auch nicht ohne Hilfe herauskommen.

Das 1. Wirtschaftspolitische Kolloquium der Herbert-Giersch-Stiftung, das im März in Frankfurt am Main stattfand, lief in der Vielfalt der vorgetragenen Ansichten letzten Endes auf allgemeine Ratlosigkeit der Wissenschaftler und Praktiker hinaus. Die neue Weltwirtschaftsordnung mit ihren offenen Grenzen in Verbindung mit dem noch vor wenigen Jahrzehnten unvorstellbaren Volumen frei flottierender Finanzmassen scheint noch nicht in die Fundamente der Wissenschaft eingedrungen zu sein. Interessanter als die Meinungen selber dürften die impliziten Annahmen sein (des Pudels Kern, sozusagen), die ihnen jeweils zugrunde liegen.

Weltwirtschaftsforum

Da wo's nicht drauf ankommt

Wo es nichts zu entscheiden gibt, sind die Gedanken nicht nur frei, sie werden auch freimütig geäußert. Die Diskussion über die Globalisierung als einen für nicht wenige durchaus schmerzhaften Prozeß sollte durch das Beharren auf dem behaupteten Zustand der Globalität praktisch für beendet erklärt werden. Dem stehen die aktuellen Krisen in der Weltwirtschaft entgegen, für die immer noch nach Schuldigen gesucht wird.

Der Streit über das Krisenmanagement der Weltfinanzinstitutionen wurde in ungewöhnlicher Schärfe weitergeführt. Die Entwicklungsländer forderten mehr Verantwortlichkeit ein, getreu dem Thema des diesjährigen Forums: »Responsible Globality«, »verantwortungsbewußte Globalität«. Der Chefvolkswirt der Weltbank, Josef E. Stiglitz, hieb in die selbe Kerbe und stellte den IWF als dem US-Schatzamt hörig dar, das bekanntlich finanzielle, keine sozialen Interessen verfolgt. Der Vizepräsident des IWF, Stanley Fischer, verlor die von ihm gewohnte Contenance und rettete sich schließlich in die rhetorische Figur, daß der IWF, angesichts des Vorwurfs aller Beteiligten, falsch gehandelt zu haben, offenbar richtig gehandelt habe. Der Vorschlag, beide Institutionen zu verschmelzen, wurde nicht wiederholt.

Welthandelsorganisation Milleniumsrunde

Die nicht enden wollende Uruguay-Runde ist noch nicht vergessen. Dennoch soll in den letzten Tagen dieses Jahres in Seattle eine neue Welthandelsrunde eingeläutet werden, die (hoffentlich nicht nach der Dauer) Milleniumsrunde genannt wird. Wie es die Teilnehmer allerdings anstellen wollen, daß ein spürbarer Ruck durch die WTO geht, ohne daß sich die Mitglieder groß bewegen, bleibt dem Beobachter einstweilen verborgen.

Die strittigen Punkte für die Mitglieder sind der Marktzugang für Industrieprodukte sowie Liberalisierungen in den Bereichen Landwirtschaft, Dienstleistungen und Investitionsschutz. Ferner

sollen soziale und Umweltaspekte in die Diskussion eingebracht werden. Für die Nicht-Mitglieder kommen Beitrittsverfahren und die Förderung von Entwicklungsländern hinzu. Das ist keine Tagesordnung, sondern ein ziemlich vollständiger Katalog der ungelösten Probleme der Weltwirtschaft, der als solcher Erwartungen eher dämpft als weckt.

Ein Beitritt Chinas zu den üblichen WTO-Bedingungen würde ein soziales Beben im Lande auslösen, das die politische Führung unter allen Umständen vermeiden will. Auf der anderen Seite ist mit einem Beitritt Taiwans noch in diesem Jahr zu rechnen. Aus chinesischer Sicht wäre das ein weiteres trennendes Element, was ebenfalls vermieden werden sollte. Aus den USA kommen vermehrt Signale, daß ein bilaterales Abkommen unterhalb der WTO-Norm angestrebt wird, was wiederum die Europäer vermeiden wollen, es sei denn, die Inhalte kämen nach der Meistbegünstigungsklausel der WTO wiederum allen Handelspartnern zugute.

Die Vereinbarung über Finanzdienstleistungen, die von 71 Staaten geschlossen wurde, von denen allerdings noch nicht alle das nationale Ratifizierungsverfahren abgeschlossen haben, soll schon vorher, am 1. März, in Kraft treten. Es stellt immerhin einen ersten Schritt zur Vereinheitlichung der Zugangsbedingungen zu einem Markt von weltweit 60.000 Mrd. \$ dar (das ist das Zehnfache des Welthandels).

Im Widerstreit zwischen Liberalisierung und Protektionismus verlaufen die Kampflinien in der Regel quer durch die nationalen

Volkswirtschaften. Ein internationaler Fortschritt in Richtung auf mehr Liberalisierung kommt im allgemeinen nur dann zustande, wenn die damit verbundenen Vor- und Nachteile in etwa angemessen verteilt sind. Die Amerikaner sehen ihre chronisch negative Handelsbilanz als objektiven Ausdruck der Ungleichgewichtigkeit zu ihren Lasten an und suchen die Schuldigen entsprechend in den Ländern mit chronisch positiven Handelsbilanzen, mindestens positiven Bilanzen gegenüber den USA. Mit Blick auf die Europäische Union stehen die leidigen Bananen sowie hormonbehandeltes Rindfleisch zur Diskussion an – Themen, die mit den angestrebten neuen Abkommen nicht in Zusammenhang stehen.

Deutschland

Jahreswirtschaftsbericht

Angebot und Nachfrage

Mit der Grundsatzabteilung wanderte die Zuständigkeit für den Jahreswirtschaftsbericht aus dem Wirtschafts- in das Finanzministerium. Mit dem Regierungswechsel wurde ein Schwenk von der angebotsorientierten zur nachfrageorientierten Wirtschaftspolitik vollzogen. Der Jahreswirtschaftsbericht 1999 der neuen Regierung, das wirtschafts- und finanzpolitische Programm für ein Jahr, hebt, wie der letzte, die Beschäftigungspolitik in den Titel und schließt auch sonst an die Tradition an.

Im Vorwort heißt es versöhnlich: »Angebots- und Nachfragepolitik sind keine Gegensätze: Nur wer mit beiden Augen die wirtschaftlichen Probleme betrachtet, kann sie lösen.« Das ist eine so schlichte Wahrheit, daß sie zum Programm nicht taugt. An der Akzentuierung der Nachfrageseite ist immerhin richtig, daß – mikroökonomisch betrachtet – nur das Nettoeinkommen nachfragewirksam werden kann und daß – makroökonomisch betrachtet – die Finanzierung der Arbeitslosigkeit wie jede Umverteilung im wesentlichen nachfrageneutral ist.

Die Senkung der Abgabenlast und der Abbau der Arbeitslosigkeit würden zweifellos die Nachfrage und damit die Binnenkonjunktur stärken. Bedenkt man aber, daß im 4. Quartal 1998 der private Verbrauch zugenommen, das Bruttoinlandsprodukt aber abgenommen hat (nicht zuletzt natürlich, weil der Staatsverbrauch zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien überproportional zurückging), dann sinkt die Hoffnung, durch ein wenig Drehen an Schraubchen das Ruder herumreißen zu können.

Die Beurteilung der Erfolgsaussichten hängt nicht nur von der politischen Couleur des Urteilenden ab, sie ist auch bei objektiver Betrachtung schwer zu leisten. Zum einen ist die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik eingebettet in die europäische, zum andern gehört dazu eine Einschätzung der weltwirtschaftlichen Entwicklung. Und nicht zuletzt ist der politische Handlungsspielraum eingeengt durch die EWWU-Verpflichtung, die öffentlichen Schulden zurückzuführen.

Weitere Zinssenkungen, zu denen der Finanzminister die Europäische Zentralbank immer wieder drängt und die ja nur Zehntelprozente groß sein können, würden der Konjunktur keine entscheidenden Impulse geben, wohl aber die enorme Zinsbelastung reduzieren. Einen Hinweis darauf gibt das Stabilitätsprogramm (das EWWU-Mitgliedstaaten alljährlich vorzulegen haben) für Deutschland: »Würde sich die durchschnittliche Verzinsung der staatlichen Schuld im Jahr 2002 um 1 vH-Punkt verändern, so führte dies zu Belastungen bzw. Entlastungen der öffentlichen Haushalte von 0,5 vH des BIP.«

Der Rücktritt des Finanzministers verleiht dem Recycling-Papier, auf dem der Bericht gedruckt ist, symbolische Bedeutung.

Außenhandel

Beständig positiv

Der Dezember war schwach, die Rekorderwartungen wurden deshalb nicht erfüllt, gleichwohl ist der im vergangenen Jahr erzielte Handelsbilanzüberschuß der höchste seit 1989. Die Ausfuhren hatten einen Wert von 949,7 Mrd. DM (+6,9%), die Einfuhren von 821,1 Mrd. DM (+6,3%), der Überschuß erreichte demnach 128,6 Mrd. DM (+10,5%).

Europäische Union

EU-Knigge

Vielfalt der »Kulturen«

Die besondere Kultur, die das Handeln der Mitglieder von EU-Kommission und -bürokratie kennzeichnet, ist weniger (im positiven Sinne) multikulturell zu nennen als vielmehr zusammengewürfelt. In der Diskussion über Verhaltensweisen erweist es sich immer wieder, daß Begriffe wie »Vetternwirtschaft« oder »Mißwirtschaft« nicht fest umrissen, sondern dehnbar sind – wenn nicht ein »EU-Knigge« sie regelt. Die Unterschiede, die das Leben bunt machen, haben allenfalls lokale Berechtigungen – auf supranationaler Ebene haben sie nichts verloren. Der geschlossene Rücktritt der EU-Kommission bietet der Gemeinschaft die Chance, den Amtsnachfolgern einen Verhaltenskodex mit auf den Weg zu geben.

Agenda 2000

Schwierige Weichenstellung

Die umstrittene Agenda 2000 hat noch zu keinem Konsens geführt. Die Empfänger wollen möglichst nicht weniger empfangen, kein Mitgliedstaat will mehr zahlen, und alle sind sich einig, daß der Gemeinschaftshaushalt trotz der anstehenden Erweiterung der Gemeinschaft konstant bei maximal 1,27% des zusammengefaßten BIP gehalten werden soll.

Die Briten wollen ihre ertrotzten Rabatte behalten (*»I want my money back«*, hatte Mrs Thatcher unverblümt anti-europäisch verlangt), obwohl es keinen vernünftigen Grund dafür gibt. Vor allem Spanier und Portugiesen wollen auf Strukturhilfen nicht verzichten, die nach der geplanten Osterweiterung bei sinkenden Durchschnittseinkommen rasch ihre Grundlage verlieren würden. Die Deutschen wollen ihre Nettozahlerposition abbauen, was als Ziel verständlich, als Verhandlungsposition allerdings völlig untauglich ist: Es zahlt ja niemand »netto«, sondern diese Position ergibt sich aus Beitragszahlungen und empfangenen Leistungen, folglich müßte entweder über eine Kürzung der Beitragszahlungen (wovon nicht die Rede ist) oder über eine entsprechende Umstrukturierung der Leistungen verhandelt werden. Die deutsche Ratspräsidentschaft ist zudem eine denkbar schlechte Zeit für Beschlüsse, die vor allem Deutschland selber nützen sollen. Das ungeschickte Auftreten einiger Verhandlungsführer vor und nach dem Rücktritt des Bundesfinanzministers tut ein übriges.

Die benötigten Mittel für neue Aufgaben werden nur frei, wenn für alte weniger aufgewendet wird. Da die Hälfte des Gemeinschaftshaushalts in den Agrarsektor fließt, ist allen Beteiligten klar, daß dort in den kommenden Jahren (relativ) gespart werden müßte (die absoluten Beträge werden freilich weiter steigen). Der Dissens zwischen Franzosen und Deutschen bestand denn auch weniger in diesem Ziel als vielmehr hinsichtlich des einzuschlagenden Weges: Die Franzosen wollten die Agrarpolitik

als Gemeinschaftsaufgabe erhalten und (relativ) schrumpfende Etats in Kauf nehmen, die Deutschen wollten die Aufgabe schrittweise in die nationale Zuständigkeit zurück verlagern und deshalb die sogenannte Kofinanzierung aus nationalen Haushalten und aus dem EU-Haushalt einführen. Der Kompromiß läuft auf eine Erhöhung der Gemeinschaftslasten zugunsten der Landwirtschaft hinaus.

Agrarprotektionismus

Land- oder Marktwirtschaft?

In allen entwickelten Ländern herrscht Agrarprotektionismus. In den OECD-Staaten entstammen ein Drittel der Einkünfte im Sektor Landwirtschaft direkten Transfers und indirekten Stützungen. Der Gesamtwert dieser Maßnahmen beträgt im Mittel 1,3% des Bruttoinlandsproduktes, der Beitrag der Landwirtschaft zum BIP macht mit 1,8% kaum mehr aus. Die dazu gehörige Exportsubventionierung ist aufwendig und sinnlos, da die nationalen Maßnahmen einander praktisch neutralisieren. Inzwischen leidet die weltwirtschaftliche Entwicklung zunehmend darunter, daß der Außenhandel mit Industrieprodukten (sozusagen »im Gegenzug«) behindert wird.

Auf eine kurze Formel gebracht, handelt es sich beim Agrarprotektionismus um eine Form der Sozialpolitik, die mit dem Mittel der Marktverfälschung realisiert wird. Wenn Landwirten in Not geholfen werden soll, dann kann das direkt geschehen (und nach Prüfung der Bedürftigkeit im Einzelfall). Es ist unnötig,

zu diesem Zweck Märkte nach innen zu regulieren und nach außen abzuschotten und die Mittel dafür (immerhin rund 40 Mrd. €; jährlich) mit der Gießkanne zu verteilen. Es ist erst recht nicht nötig, die Europäische Union einzuschalten, wodurch zu den eigentlichen Transferbeträgen noch hohe Verwaltungs-, Lagerungs-, Vermarktungs- und Vernichtungskosten kommen (1 Tonne Überschußgetreide kostet den Steuerzahler 170 DM Subvention und bringt den an der Wertschöpfung Beteiligten insgesamt 50 DM), ganz zu schweigen von Absurditäten wie der Förderung des Tabakanbaus bei gleichzeitigem Werbeverbot für Tabakprodukte und der – realen – Gefahr des Subventionsbetruges.

In der EU besteht die Neigung, nationale Angelegenheiten, wie die Agrarpolitik, zu gemeinsamen zu machen und Gemeinschaftsaufgaben, wie die Außen- und Sicherheitspolitik, von den Mitgliedstaaten erledigen zu lassen. Kritiker sprechen von reziproker Subsidiarität. Dabei ist die europäische Position in der Weltwirtschaft in dieser Hinsicht längst unglaubwürdig geworden. Alle angestrebten Freihandelsabkommen (mit der NAFTA, mit dem MERCOSUR, mit Südafrika und anderen Staaten) leiden unter Rücksichten – nicht auf die soziale Lage der europäischen Landwirte, sondern auf die absonderliche Form, wie diese Unterstützung realisiert ist.

AKP-Staaten

Ver- oder Entwicklung?

Im Februar 2000 läuft das Abkommen von Lomé in der jetzigen Fassung aus. Über ein Folgeabkommen wird seit einiger Zeit verhandelt. Eine neue Einigung ist nicht in Sicht, denn praktisch alle wesentlichen Elemente sind umstritten. Dazu gehören der historische Ansatz: die Begünstigung ehemaliger Kolonien statt der Entwicklungsländer generell, der Vertrauensgrundsatz: die Verwendung der erheblichen finanziellen Mittel (von 1995 bis 2000 fließen allein umgerechnet 26 Mrd. DM), die Anbindung an den Europäischen Entwicklungsfonds EEF, einen der parlamentarischen Kontrolle entzogenen Nebenfiskus, nicht zuletzt das Ergebnis: der Anteil der AKP-Staaten an den Importen der EU ist von 1976 bis 1994 um mehr als die Hälfte gesunken.

Das schlechte Ergebnis hat unter anderem damit zu tun, daß Zollpräferenzen immer weniger wert sind angesichts allgemein fallender Zölle und daß die EU selber durch die Exportprämien für landwirtschaftliche Produkte den Entwicklungsländern auf den Weltmärkten unlautere Konkurrenz macht. Die starre Konstruktion der Fonds zur Stabilisierung der Exporterlöse der AKP-Staaten (Stabex und Sysmin genannt) begünstigt außerdem risikoreiche Monokulturen. Das neue Abkommen wird deutlich anders aussehen als die vier Vorgänger, so viel gilt als gewiß – alles andere ist ungewiß.

EU–Südafrika

Beinah einig

Die friedliche Abschaffung der Apartheid und die Rückkehr in die Gemeinschaft demokratischer Staaten haben den Südafrikauern viel Anerkennung und Schulterklopfen eingebracht, gerade auch aus Europa. Der Versuch, das Bündnis auf den Freihandel auszudehnen, hat viel Geduld und Verhandlungsgeschick erfordert. Jetzt ist das Abkommen, das am 1. Januar 2000 in Kraft treten soll, von Südafrika ratifiziert worden, in Europa aber weiterhin umstritten.

Wieder einmal spielen »hochempfindliche Agrargüter« auf europäischer Seite die unrühmliche Hauptrolle, in Südafrika dagegen (nicht minder trotzig) die Mißachtung geschützter Warenzeichen (vor allem »Port« und »Sherry«) sowie die Ablehnung des Verlangens, illegal nach Europa eingewanderte Landsleute wieder aufzunehmen.

EU–MERCOSUR

Politische Ökonomie

In der Marktwirtschaft ist des einen Stärke des andern Schwäche. Im 18. Jahrhundert zeigte David Ricardo mit seinem Theorem der komparativen Kosten, daß Freihandel beiden Seiten nützt, selbst wenn ein Partner in allen Märkten stärker ist, erst recht natürlich, wenn Stärken und Schwächen verteilt sind. Diesen Nutzen zu realisieren, weigern sich die Verhandlungsdelegationen der EU

und des MERCOSUR mit nicht zu verstehender Beharrlichkeit. Eine Minderheit der EU-Mitglieder will (was wohl?) die einheimische Landwirtschaft schützen, die MERCOSUR-Staaten weigern sich, ihre Märkte für europäische Industriegüter zu öffnen, solange umgekehrt ihre Agrarprodukte in Europa keine Chance erhalten. Alle reden von Marktwirtschaft.

Das letzte Treffen auf Unternehmens-Ebene (MERCOSUR-EU-Business Forum genannt, MEBF) endete mit der »Rio Declaration«. Der Name deutet auf den nächsten EU-Lateinamerika-Gipfel hin, der Ende Juni in Rio de Janeiro stattfinden soll. Die überwiegend als vernünftig zu bezeichnenden Forderungen der Unternehmen haben allerdings nur geringe Chancen, politisch umgesetzt zu werden. Man tut die Deklaration schon jetzt als einen »Wunschzettel« ab. Aus der Sicht der Agrarlobby wären Handelserleichterungen absurd, weil sie Ausgleichszahlungen zur Folge hätten, welche umgerechnet bis zu 25 Mrd. DM jährlich betragen können. Aus der Sicht der betroffenen Industrievertreter zeigt diese Rechnung dagegen, wie absurd die Praxis der Agrarförderung ist.

EU–Malta

Rein in die Kartoffeln

1993 wollte Malta die EU-Mitgliedschaft, 1996 wechselte die Regierung und Malta wollte nicht mehr, 1998 wechselte die Regierung erneut und Malta will nun doch wieder. Der Kreis der Beitrittskandidaten der nächsten Runde war eigentlich schon

bestimmt. Nun wird die Reifeprüfung fortgesetzt. Der Vertrag sollte wohl besser vor den nächsten Wahlen ratifiziert werden.

EU-USA

Ausgerechnet Bananen

Europa und die USA rüsten zum Handelskrieg. Die reichen Länder zeigen den armen, wie Marktwirtschaft und Freihandel funktionieren und wie demokratisch verfaßte Gemeinwesen Konflikte lösen. Die voraussichtlich zum letzten Mal verlängerte Friedenspflicht (ein Erfolg des scheidenden Generaldirektors der WTO, Renato Ruggiero) für die aufgeplusterten Handelskrieger auf beiden Seiten wird bei Erscheinen dieser Ausgabe abgelaufen sein. Die Vergangenheit lehrt, daß, aus der Rückschau betrachtet, der Anlaß die daraus entstandenen Zerstörungen im allgemeinen nicht wert war. Übrigens wachsen in Europa kaum Bananen. In den USA auch nicht.

Beim Streit um »hormonbehandeltes Rindfleisch« sieht die Sache nicht besser aus. Die Europäer machen Gesundheitsrücksichten geltend, welche die Amerikaner als nichttarifäre Handelshemmnisse abtun. Eine WTO-Kommission hat entschieden, daß Gesundheitsrisiken nicht bestehen. Eine solche Aussage ist schlechterdings unhaltbar, schließlich geht es um Langzeitwirkungen, die bekanntlich nicht in Reagenzgläsern erkannt werden. Der Vorschlag der Amerikaner, ihr Fleisch als aus den USA stammend zu kennzeichnen und die europäischen Verbraucher selber entscheiden zu lassen, ob sie dieses Fleisch kaufen wollen

oder nicht, leidet unter der strikten Weigerung, auf die Hormonbehandlung hinzuweisen: das sei »handelsdiskriminierend«. Dabei soll nicht vor den USA gewarnt werden, sondern vor hormonbehandeltem Fleisch. Mittlerweile erheben die Amerikaner in Wildwestmanier Strafzölle auf Kaffeemaschinen und andere Importgüter – als Pfand für den Fall, daß die europäische Haltung als nicht WTO-konform erwiesen würde.

Osterweiterung

Erweiterter Kreis

Die EU-Kommission hält fünf weitere osteuropäische Länder in ihrer Beitrittsreife für im wesentlichen vergleichbar mit den bisher in den Kreis der Beitrittskandidaten aufgenommenen Ländern. Deshalb wird für Bulgarien, Lettland, Litauen, Rumänien und die Slowakei ein förmliches Prüfverfahren eingeleitet, das dazu führen kann, daß der Kreis der Beitrittskandidaten erweitert wird.

EU-ASEAN

Block-Blockade

Die ASEAN-Staaten wollen ihre wirtschaftlichen Beziehungen zur EU verstärken. Der lockere Verband wird nicht zuletzt dadurch zusammengehalten, daß auf Einmischung in die sogenannten inneren Angelegenheiten der Mitglieder verzichtet wird. Die EU-Staaten wollen ihre wirtschaftlichen Beziehungen zur ASEAN verstärken. Als Wertegemeinschaft legen sie großen Wert auf die

Einhaltung der Menschenrechte. Seit Myanmar ASEAN-Mitglied ist (das frühere Birma), blockieren die genannten Grundsätze eine Zusammenkunft beider Blöcke. Vielleicht gelingt der deutschen Ratspräsidentschaft doch noch eine Annäherung. Die deutsche Wirtschaft ist an einem verstärkten Asiengeschäft interessiert. Die ASEAN-Gemeinschaft ihrerseits kann die Selbstblockade nicht wollen, zumal das Prinzip der Nichteinmischung defensiven Charakter hat.

Amerika

USA

Anhaltende Stärke

Die deutsche Konjunktur flachte im vierten Quartal 1998 ab, die amerikanische zog unerwartet kräftig an. Im Spannungsfeld der beiden wichtigsten Währungsblöcke gewann der Dollar international an Wert, während der Euro seit seiner Einführung an Wert verliert. Das größte wirtschaftliche Dauerproblem der Amerikaner, das Außenhandelsdefizit, wird dadurch noch ein Stückchen größer, während die Europäer anscheinend den reziproken Vorteil nicht recht zu ihren Gunsten nutzen können. Das Defizit hat 1998, nach vorläufigen Berechnungen, den Rekordwert von 168,6 Mrd. \$ erreicht (im Warenverkehr allein waren es über 230 Mrd. \$). Gemessen am BIP, stellt es mit 2,1% allerdings keine Bedrohung dar. Die größte Gefahr, die es birgt, ist der zunehmende Druck auf das Ventil des Protektionismus.

Die amerikanische Regierung verweist nicht ohne Stolz auf ihren Beitrag zu der anhaltend positiven Grundströmung. Die Staatsverschuldung, die bis 1993 auf über 50% des BIP angestiegen war, konnte auf 44% zurückgeführt werden. Die öffentlichen Ausgaben sind auf 19,7% gesunken, weshalb die steuerliche Belastung der Bevölkerung niedriger ist als in allen anderen G7-Staaten. Die Sozialversicherungstrustfonds machen Überschüsse (die mitverantwortlich sind für das rosige Bild der Staatsfinanzen, ohne sie wäre der Haushalt noch leicht defizitär). Es wird allgemein erwartet, daß die positive Entwicklung noch lange anhalten wird.

Mexiko

Resistent gegen Krisen?

Das Beste an einer Krise ist, daß man aus ihr lernen kann. Die mexikanische Peso-Krise von 1994 bietet Stoff genug. Die Krisen in Asien, Rußland, Lateinamerika zeigen, daß man die Lernfähigkeit aufstrebender Länder nicht überschätzen darf. Wie sieht es in Mexiko selber aus? Der Weg aus der Krise war und ist mit ebenso heilsamen wie schmerzhaften Einschnitten verbunden. Die für Mexiko überwiegend positiven Wirkungen der NAFTA-Zugehörigkeit helfen dabei. Die aktuellen Krisen und ihre Folgen (insbesondere der Verfall der Rohölpreise von 15,5 auf 11,5 \$ je Barrel allein 1998) stellen eine spürbare Belastung dar. Die Spuren sind sichtbar. Die Inflationsrate schoß mit 18,6% weit über die

Zielmarke von 12% hinaus, und das Leistungsbilanzdefizit erreichte umgerechnet 15 Mrd. \$, das sind 3,5% vom Sozialprodukt.

Dennoch ist die Regierung zuversichtlich, den Weg der Gesundung weiter beschreiten zu können. In Davos nannte Finanzminister Angel Gurría als wesentliche Faktoren für eine weiterhin stabile Entwicklung auch in Krisenzeiten Haushaltsdisziplin, flexible Wechselkurse, hohe Währungsreserven, eine hohe nationale Sparrate sowie nicht zuletzt eine erfolgreiche öffentliche Umschuldung mit dem Ergebnis einer angemessenen Fälligkeitsstruktur. Ein Patentrezept ist das nicht, wohl aber ein Bündel von Maßnahmen, das offenbar ausreichend starke Abwehrkräfte gegen die grassierende Krisenanfälligkeit mobilisiert.

Solange es den USA gut geht, profitiert auch die mexikanische Wirtschaft. Immerhin ist Mexiko inzwischen mit Anteilen von 10% der amerikanischen Einfuhren und 13% der amerikanischen Ausfuhren nach Kanada der zweitwichtigste Außenhandelspartner der USA, hat Japan also von dieser Position verdrängt. Die Hoffnung, durch ein Freihandelsabkommen mit der EU sowie durch ein panamerikanisches Freihandelsabkommen die Abhängigkeit vom großen Nachbarn zu verringern, sind derzeit nicht allzu groß. Die Erhöhung der Zölle auf Einfuhren aus der EU (zumal vor dem Hintergrund weiterer Zollsenkungen und -aufhebungen innerhalb der NAFTA) tragen, bei allem Verständnis für die Devisennot der Mexikaner, aber nicht dazu bei, die Annäherung zu beschleunigen, wohl aber, sie desto vehementer zu fordern.

MERCOSUR

Schwierigkeiten, keine Krise

Die Weltbank ist bemüht, den Begriff Krise zu vermeiden, wenn es um die Kennzeichnung der aktuell sichtbaren Schwierigkeiten in Lateinamerika, insbesondere in Brasilien geht. Sie begründet ihre Sicht damit, daß die Probleme im wesentlichen auf den öffentlichen Sektor beschränkt sind. Die Regierung Brasiliens sei gezwungen worden, den überbewerteten Real abzuwerten, und spürt jetzt den Zwang, Haushaltsdisziplin zu üben und Struktur-reformen anzupacken. Die Privatwirtschaft dagegen habe sich weitgehend solide verhalten und leide deshalb auch weniger unter der Finanzkrise als unter der Marktschwäche.

Nach außen wird für Gruppenbilder nach Kräften gelächelt, im Innern hängt der Haussegel schief. Argentinien befürchtet eine »Kannibalisierung« seiner Wirtschaft durch den großen Nachbarn, begünstigt durch die Real-Abwertung. Eine gemeinsame Vision hatten Argentinien und Brasilien auch in besseren Tagen nicht. Paraguay und Uruguay mit ihrem Anteil von zusammen rund 7% des gemeinsamen BIP treten als Wortführer ohnehin nicht in Erscheinung. Argentinien setzt auf Dollarbindung und Currency Board (Bindung der Geldversorgung an die Devisenreserven), Brasilien auf seine Eigenständigkeit. Der Austausch von Rezepten ist Teil der Richtungskämpfe.

Wirtschaftliche Vernunft ist derzeit nicht ohne Beimischung von Ideologie zu haben. Die Differenzen aber, gleichgültig, auf wen sie im einzelnen zurückfallen, schaden beiden Seiten in

ihrem Bemühen, das Vertrauen ausländischer Investoren zu erhalten. Es fehlt daher nicht an demonstrativ vorgetragenen Bekundungen, die Integrationspolitik fortsetzen zu wollen. Es fehlt auch nicht an Appellen an die Adresse der EU, ihre protektionistische Haltung auf- und den südamerikanischen Exporteuren eine bessere Chance zu geben. Die guten Ratschläge aus Europa, wie die Schwierigkeiten überwunden werden können, wirken in diesem Zusammenhang selbstgefällig, ja heuchlerisch.

Asien und Australien

Südostasien

Die Ruhe täuscht

Der Nachrichtenwert von Berichten zur wirtschaftlichen Lage in Südostasien ist zur Zeit eher gering. Der Eindruck der Ruhe, der daraus entsteht, täuscht. Tatsächlich finden verbissene Kämpfe auf schrumpfenden Märkten statt. Die Philippinen sind das einzige Land der Region, das im vergangenen Jahr seine Exporte steigern konnte (um 17%), wenn man von dem statistisch nicht gesicherten halben Prozent für China absieht. Die Importe aller Länder gingen zurück, nicht zuletzt die Importe aus der Region selber (die vor der Krise rund 40% des gesamten Außenhandels ausmachten). Hauptgrund ist der Devisenmangel im Gefolge der Austeritätspolitik. Ein Ausweichen der Exporteure auf andere Märkte, vor allem in der NAFTA und der EU, gelingt nur in Randbereichen. Beobachter sprechen von einem Teufelskreis, der

nicht leicht zu durchbrechen sein wird. Ein kurioser Indikator für die dramatischen Einbrüche ist der rasch steigende Preis für Leer-Container.

China

Der Drache windet sich

Ideologisch steht die Regierung zu den Staatsbetrieben, ökonomisch gesehen, müßte sie die Privatwirtschaft mehr fördern, denn deren Leistung trägt den Aufschwung. In den vergangenen 20 Jahren wuchs das BIP auf das Vierfache. Man schätzt, daß es zu 80% von den privaten Unternehmen, nicht zuletzt den Joint Ventures mit ausländischen Partnern, erwirtschaftet wird. Im selben Zeitraum flossen rund 80% der Bankkredite in den staatlichen Sektor, der heute durch Massenentlassungen offenbart, daß die Mittel vielfach nicht ausreichend produktiv eingesetzt wurden. Die Leitidee dieses Jahres ist die Stabilität, die demnach gefährdet ist. Die Privatwirtschaft soll deshalb zwar nicht bevorzugt, aber auch nicht länger benachteiligt werden. Ein Indiz ist die Gleichstellung sogenannten »nichtstaatlichen Eigentums« (also des ideologisch verpönten Privateigentums) mit dem staatlichen. Wenn der Auslöser für diese Wendung des Drachens auch in der aktuellen wirtschaftlichen Situation zu vermuten ist, dürften sich alle darüber im Klaren sein, daß diese Entwicklung nicht umkehrbar sein wird.

So ganz kann sich das Land der Krise der Region also nicht entziehen, auch nicht bei zeitlich gestreckten Zielen. Die Exporte

gehen zurück. Gleichzeitig schrumpft die Binnennachfrage. Arbeitslosigkeit und Armut nehmen zu und bei den Nichtbetroffenen die Angst davor. Die Folge ist, daß allgemein gespart wird. Dadurch fehlen Devisen, die dringend benötigt werden, um die Strukturreformen voran zu bringen. Ein gewisser Ausgleich wird durch höhere Staatsanleihen gesucht. Das Mittel der Yuan-Abwertung, über das immer wieder spekuliert wird, scheint nicht eingesetzt werden zu sollen. Für diese Vermutung sprechen einerseits die Einschätzung, daß es dem Land nichts nützen, sondern nur eine Abwertungsrunde auslösen würde, andererseits die Beobachtung, daß China eine Halb-Abwertung bevorzugt, die aufgrund der mangelnden Konvertibilität des Yuan möglich ist: Für Exporterlöse in Dollar werden mehr Yuan gutgeschrieben (rund 9 Yuan/\$) als für Einfuhren aufgewendet werden müssen (rund 8,3 Yuan/\$). Das nützt den Exporteuren, ohne den Importeuren zu schaden.

Japan

Ratloser Samurai

Ohne Stolz gab das japanische Finanzministerium einen Rekordüberschuß in der Leistungsbilanz für 1998 bekannt: umgerechnet 242 Mrd. DM. Dabei waren die Exporte sogar geschrumpft, um 1,3% gegenüber dem Vorjahr, die Importe aber eben weit mehr, um 11,7%. Nun wird befürchtet, daß die USA Strafmaßnahmen einleiten werden, um das bilateral entstandene Defizit zu verringern, was die japanische Wirtschaft gerade jetzt überhaupt

nicht gebrauchen kann. Die vorübergehende Yen-Schwäche scheint indessen überwunden zu sein.

Inzwischen bahnt sich im Gefolge der anscheinend nicht zu überwindenden Wirtschaftskrise eine Krise des nationalen Selbstverständnisses an. Die wirtschaftliche Kraft des Landes kompensierte gewissermaßen den im Zweiten Weltkrieg erlittenen Ehrverlust. Während die USA als Weltmacht mittlerweile konkurrenzlos geworden sind, formiert sich Europa in der EU und speziell in der Euro-Zone und gewinnt China sowohl in der Region als auch weltpolitisch stetig an Einfluß. Japan dagegen verharrt in seiner gewollten Isolation und fällt wirtschaftlich immer mehr zurück.

Das Bruttoinlandsprodukt ging im letzten Quartal des Jahres 1998 (zum fünften Mal in Folge) zurück. Die BIP-Schrumpfung des Jahres 1998 erreichte insgesamt 2,8%. Im nächsten Fiskaljahr, das am 1. April 1999 beginnt, wird ein Wachstum von 0,5% angestrebt, ohne das erkennbar wäre, woher es kommen soll.

Australien

Verkraftbarer Dämpfer

Die Asienkrise hat den Aufschwung der australischen Wirtschaft direkt zunächst kaum beeinträchtigt. Die Folgen der Krise in der Region und auch weltweit dämpfen mittlerweile aber auch die australische Konjunktur. Zwar wird für das BIP immer noch ein Wachstum erwartet (von 3,2% in diesem und 2% im nächsten Jahr), die Investitionen brechen aber mit negativer Akzelerator-

wirkung regelrecht ein. Exporterfolge betreffen überdies vorzugsweise Rohstoffe, so daß die Wertsteigerung hinter der Mengenentwicklung zurückbleibt. Das Leistungsbilanzdefizit steigt weiter und dürfte sich zwischen 5 und 6% des BIP einpendeln.

Insgesamt haben die Reformen seit Beginn der achtziger Jahre (von der Wechselkursfreigabe über groß angelegte Privatisierungswellen bis hin zu Strukturreformen) offenbar zu einer größeren Robustheit der Wirtschaft geführt, krisenhafte Entwicklungen jedenfalls sind nicht zu erkennen. Die angekündigte Einführung einer Mehrwertsteuer von 10% dürfte allerdings sowohl die Binnennachfrage als auch die Preisentwicklung negativ beeinflussen und daher möglicherweise doch unterbleiben beziehungsweise verschoben werden.

Afrika

Elfenbeinküste

Licht und Schatten

Nachrichten aus der Elfenbeinküste (Côte d'Ivoire) haben Seltenheitswert. Es gibt keine Kriege, Stammeskämpfe, Konflikte mit den Nachbarn. Der Aufbau eines funktionsfähigen und dabei ausgesprochen schlanken Staatsapparats kommt voran. Die wirtschaftliche Entwicklung ist gekennzeichnet durch stetiges Wachstum. Die Hauptausfuhrsgüter (Ananas, Kakao, Kaffee) finden Abnehmer (vor allem in Europa). Die Infrastruktur gilt als die beste in ganz Westafrika. Begünstigt wird die Entwicklung durch

das ehemalige Mutterland Frankreich und die nachwirkende Förderung (EU-Präferenzierung aufgrund des Abkommens von Lomé, Bindung des CFA-Franc an den Euro).

Gleichwohl wird der Fortschritt massiv behindert durch eine Rekord-Schuldenlast (von rund 170% des BIP), welche den Staatshaushalt in erdrückender Weise belastet. Der für die nächsten Jahre angestrebte Schuldenerlaß für die ärmsten und/oder höchstverschuldeten Länder könnte einen entscheidenden Impuls für eine rasche Gesundung der Finanzen darstellen und zugleich ein Signal für alle, die erleben wollen, daß (altmodisch formuliert) Friedfertigkeit und Fleiß belohnt werden.

Südafrika

Weiter auf dem Weg

Die Ziele für das neue Fiskaljahr 1999/2000 und die bisher angekündigten Maßnahmen lassen sich zusammenfassen zu der Aussage: Das Land will den seit der Aufhebung der Apartheid eingeschlagenen Weg fortsetzen. Mit Rücksicht auf die schwierige Lage der Weltwirtschaft sollen insbesondere einige wichtige Änderungen durchgeführt werden.

Die Körperschaftsteuer wird von 35 auf 30% gesenkt, die zusätzliche Abgabe auf ausgeschüttete Gewinne (die sogenannte Secondary Tax) bleibt bei 12,5%. Niederlassungen ausländischer Unternehmen werden mit 35 statt, wie bisher, mit 40% besteuert. Dadurch sollen die im auslaufenden Haushaltsjahr rückläufigen ausländischen Direktinvestitionen wieder verstärkt werden.

Die Haushaltsplanung beruht auf folgenden Rahmendaten: 1,8% reales BIP-Wachstum bei 5,5% Inflation und 3,5% Neuverschuldung. Die Ausgaben sollen dabei um 6,1%, die Einnahmen um 6,5% steigen. Das größte innenpolitische Problem ist die zunehmende Kriminalität. Zwar steigen die Ausgaben in den Bereichen Polizei, Justiz und Strafvollzug um 4,7%, angesichts der Geldentwertung bedeutet das aber eine reale Senkung der Ausgaben. Die darin verborgene Belastung für den Standort Südafrika wird offenbar zu leicht genommen (von den inneren Verhältnissen abgesehen).

Europa

Großbritannien

Wachstumspause erwartet

Das straffe Regiment der Bank von England hat die Zinsen kontinuierlich gesenkt, hält sie aber dennoch höher, als es der Wirtschaft lieb ist. Die leicht steigende Inflationsrate läßt offenbar keine weitere Senkung zu. Die Binnenkonjunktur flacht ab, das BIP-Wachstum für 1998 wird zwar noch auf 2,3% geschätzt, soll aber im laufenden Jahr auf 0,7% zurückgehen (bei Stagnation im ersten Halbjahr). Ein Ausgleich über vermehrte Exporte ist nicht zu erwarten, dazu ist das Pfund zu stark (nicht zuletzt aufgrund des schwachen Euro). Besorgniserregend ist die stetige Zunahme der Arbeitslosigkeit von 4,6% im letzten Jahr auf 5,3% in diesem und 5,8% beziehungsweise 6,2% in den Jahren 2000 und 2001.

Italien

Konvergenz fraglich

Die lange Zeit umstrittene Aufnahme in den Kreis der Startmitglieder der EWWU war ein großer Sieg für Italien. Ein Innehalten an der Ziellinie war nicht vorgesehen. Gefordert ist vielmehr eine Rückführung der enormen Staatsschulden in hohen Raten. Da die schwache Lira besonders vom Euro profitiert, sollte der sogenannte Primärüberschuß des Haushalts (das ist der Haushaltsüberschuß ohne Berücksichtigung der Zinszahlungen), sozusagen der Nettobeitrag zur Sanierung der Staatsfinanzen, in den nächsten Jahren konstant 5,5% des BIP betragen – das hatte der Schatzminister Ciampi selber versprochen. Es sieht jedoch so aus, daß diese Zahl nicht annähernd zu halten sein wird, wodurch die von allen EWWU-Mitgliedern, besonders von den hochverschuldeten Italienern geforderte Konvergenz in Frage steht.

Osteuropa

Der lange Weg

In der abgeschotteten Welt hinterm Eisernen Vorhang haben sich wirtschaftliche Strukturen erhalten und sind Strukturen entstanden, die in der Weltwirtschaft bei weitgehend offenen Grenzen schlagartig obsolet wurden. Viele der unter COCOM-Bedingungen mit hohem Aufwand produzierten Güter werden im ehemaligen Ostblock nicht mehr benötigt und erst recht nicht in anderen Ländern. Deshalb mangelt es an exportfähigen Gütern

und in der Folge an Devisen für dringend benötigte Importe. Staatliches Mißmanagement sowie alte und neue Seilschaften leisteten ein übriges, um teilweise desaströse Verhältnisse zu schaffen. Das Versagen trifft allerdings nicht nur die Opfer. Bei differenzierter Betrachtung erkennt man die Möglichkeiten und Grenzen genauer.

Die DDR erfuhr die stärkste Förderung aller ehemaligen Ostblockstaaten und kam durch den Beitritt zur Bundesrepublik Deutschland gleichzeitig in den Genuß von Mitteln aus beispiellosen nationalen Solidaritätsanstrengungen und zugleich von Mitteln der EU, der sie mit Aufgabe ihrer Souveränität übergangslos angehörte. Dennoch ist auch zehn Jahre danach ein Entwicklungsrückstand gegenüber der alten Bundesrepublik unübersehbar. Am Schluß wird man feststellen, daß für den Aufholprozeß die Arbeit einer Generation nötig gewesen war. Die Visegrád- und die baltischen Staaten bereiten sich auf den EU-Beitritt vor und erfahren dadurch eine Förderung im Vorfeld, haben allerdings auch unter der schwachen Weltkonjunktur zu leiden. Die Ukraine, Weißrußland und Rußland bleiben sich mehr oder weniger selber überlassen und weisen die größten Entwicklungsrückstände auf.

Rußland

Kritischer Pfad

Die Regierung hat das offene, ungeschönte Wort als Instrument der Politik entdeckt. Die drückenden Auslandsschulden, teils von

der untergegangenen Sowjetunion übernommen, teils selber aufgenommen, werden in Zusammenhang gebracht mit der Neuwahl der Staatsduma und des Präsidenten. Möge, wer Interesse an der Fortsetzung der Reformpolitik hat, seine Schlüsse daraus ziehen. Die fälligen Zins- und Tilgungslasten haben auf der andern Seite inzwischen einen Wert erreicht, der zwei Dritteln des Staatshaushalts entspräche – wenn sie gezahlt würden.

Der politische Kurs im Land wirkt nicht eben geradlinig oder gar berechenbar. Die noch nicht lange und unter dem Beifall der Welthandelsorganisation abgeschafften Exportzölle werden seit Januar zum Teil wieder erhoben – für begrenzte Zeit, wie es heißt, und erkennbar aus fiskalischen Gründen. Die Steuern werden gesenkt mit der Begründung, man wolle die Schwelle für die Schattenwirtschaft niedrig legen, als Anreiz, ihre Tätigkeit zu legalisieren. Die Privatisierungsvorhaben erreichen nach offiziell vorgelegten Listen auch nicht annähernd das Volumen, das im Haushaltsplan eingesetzt ist.

Die Schattenwirtschaft, die sich vorzugsweise des Naturaltausches bedient (barter trade), ist nicht das einzige große Problem des Landes. Ein anderes stellt das Sparerverhalten dar, genauer: das fundamentale Mißtrauen der Sparer gegenüber dem Staat und den Banken, das dazu führt, daß Gespartes nur selten in der Form von Spareinlagen bei Banken volkswirtschaftlich nutzbar wird. Eine grundlegende Reform des Finanzsystems ist allerdings unter den herrschenden Bedingungen so bald nicht zu erwarten. Immerhin liegt die Inflationsrate bei 80%, und der Staat scheut

sich nicht, die Notenpresse anzuwerfen, wenn die Not allzu sehr drückt. Weder Außen- noch Binnenwert des Rubel bieten derzeit eine Basis für neues Vertrauen.

Die ausländischen Banken im Land bieten keine echte Alternative, denn sie sind in den Strudel mit hineingezogen worden. Sie mußten ihre Eigenmittel in kurzfristigen Staatspapieren anlegen, die durch den Rubelsturz entwertet wurden, so daß sie jetzt überwiegend unterkapitalisiert sind. Gewissermaßen im Gegenzug gewinnt der Dollar als (verbotene) Quasi-Parallelwährung an Bedeutung, denn er ist der Inflationierung durch den russischen Staat nicht ausgesetzt.

Der Abstieg Rußlands von der Welt- zur Regionalmacht hat den Europäern ein Problem vor ihrer Haustür beschert, das sie, wie es scheint, vorzugsweise selber lösen müssen. Schon jetzt ist die gemeinsame Grenze rund 1300 km lang. Mit der Osterweiterung werden die Grenze länger, die Unterschiede drückender und das Problem größer. Rußland fühlt sich zunehmend isoliert statt integriert. Die Aufgabe hat Dimensionen, welche den Bananenkrieg und den Streit um die Agenda 2000 als Kinderspiele erscheinen lassen. Ein Scheitern allerdings wäre geeignet, apokalyptische Visionen heraufzubeschwören. In einer offenen Welt kann sich niemand mehr verstecken, erst recht kein Nachbar vor dem andern.

Slowakei

OECD-Kontoauszug

Die Slowakei strebt die OECD-Mitgliedschaft an und stellte sich deshalb einem zusätzlichen Prüfverfahren, dessen Ergebnis nun vorliegt. Während im Land selber naturgemäß eher die erzielten Fortschritte unterstrichen werden, legt der Prüfbericht schonungslos dar, welcher Entwicklungsstand erreicht ist und welche Maßnahmen erforderlich sind, damit das Land weiter vorankommt.

Die Betrachtung der OECD offenbart dynamische Ungleichgewichte mit divergierender Tendenz und empfiehlt deshalb Korrekturen, die ein Einschwenken auf miteinander verträgliche Teilentwicklungen (Konvergenz) bewirken sollen. Der Leistungsbilanzsaldo ist im letzten Jahr weiter gewachsen, während das BIP-Wachstum zurückgegangen ist. Das Haushaltsdefizit ist mit 5% hoch und dabei durch Verschleierung noch deutlich zu niedrig ausgewiesen. Die Staatsgarantien haben ein Volumen von umgerechnet 14% des BIP (wenn auch natürlich nur ein Teil davon in Anspruch genommen wird). Etliche Nebenfisken (zum Beispiel der Straßenfonds und der Staatsvermögensfonds) bleiben ausgespart und verzerren das Bild weiter. Die Auslandsschulden liegen mit 30% des BIP noch nicht im kritischen Bereich, steigen allerdings rasch weiter an – allein schon durch das Leistungsbilanzdefizit in Höhe von 10% des BIP.

Ein Standardwerk neu vorgestellt

Der neue Ratgeber zur Wirtschaftsförderung

Deutscher Wirtschaftsdienst, Köln, Loseblattwerk in 4 Ordnern mit CD-ROM. Ca. 4800 Seiten. 248 DM (zur Fortsetzung). ISBN 3-87156-069-3.

Der Bund fördert die Wirtschaft, jedes Land fördert die Wirtschaft. Täglich kommen neue Programme hinzu, laufen alte aus oder werden geändert, sei es, daß Konditionen angepaßt oder Voraussetzungen neu geregelt werden. Verantwortlich dafür sind die Fachministerien des Bundes und der Länder sowie nachgeordnete Behörden, Leihinstitute der öffentlichen Hand und Fördergesellschaften – genauer gesagt: jeder ist für sein Handeln verantwortlich, niemand für die gesamte Wirtschaftsförderung.

Und wie kommt die Wirtschaft an die Fördertöpfe heran? Wie erfährt sie überhaupt von den Programmen? Wer kann schon all die Gesetzblätter und Amtsblätter und Anzeiger lesen, Änderungen einarbeiten und sich anschließend auch nur selber zurecht finden? Hier hilft seit Jahren »Der neue Ratgeber zur Wirtschaftsförderung«, der zwar nicht mehr neu ist, sondern ein ausgesprochen bewährtes Instrument, aber dafür immer wieder neu, denn

er wird monatlich aktualisiert. Der Umfang des Werkes spricht für sich.

Die einzelnen Förderprogramme werden, wohlgeordnet nach Bund und Ländern und nach Themengebieten (zum Beispiel: Existenzgründung, Forschung und Technik, Umwelt und Energie, Aus- und Weiterbildung, Export und Messen, Bürgschaften und Garantien), im Wortlaut abgedruckt. Vorangestellt wird ein Profil als Kurzcharakteristik des Programms mit den Punkten: Ziel und Gegenstand, Antragsberechtigte, Voraussetzungen, Art und Höhe der Förderung, Antragsverfahren, Quelle, wichtige Hinweise. Abgerundet wird die Sammlung durch ein Stichwortverzeichnis, einen Konditionenspiegel, einen »10-Punkte-Katalog für erfolgreiche Anträge auf öffentliche Fördermittel« und einen Anhang mit den Fördergebieten der Gemeinschaftsaufgabe »Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur«.

Den Ergänzungslieferung liegen abwechselnd eine aktualisierte CD-ROM bei oder »WiFö – Das Journal« mit aktuellen Berichten aus der Förder-Szene. Für schnellebige, termingebundene Informationen gibt es darüber hinaus den »Förderkalender« im Internet (www.dwd-verlag.de/foerderkalender).

Außenwirtschaftsbrief 2/1999. Informationen für das erfolgreiche Auslandsgeschäft. Für den Inhalt verantwortlich: Günther Flemming. Köln, April 1999: Deutscher Wirtschaftsdienst.